



Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz



AUSLESE

Adressen H+I Kanton Schwyz

H+I-Präsident:

Ruedi Reichmuth
lic. iur. HSG, Rechtsanwalt
Convisa AG, Unternehmens-,
Steuer- & Rechtsberatung
6431 Schwyz
Tel. 041 819 60 60
Fax 041 819 60 69
praesident@h-i-sz.ch
ruedi.reichmuth@convisa.ch

H+I-Geschäftsführer:

Roman Weber
lic. iur. Rechtsanwalt
Anwaltskanzlei Weber
Gersauerstrasse 7
Postfach 618
CH-6440 Brunnen
Tel. 041 820 34 44
Fax. 041 820 34 55
info@h-i-sz.ch

Kasse:

Schwyzner Kantonalbank
Tel. 041 819 41 11
Fax 041 819 41 27

Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen:

Schwyz–Brunnen–Steinen–
Küssnacht–Gersau–Arth–Goldau:
Roman Weber
Tel. 041 820 34 44
info@h-i-sz.ch

March, Höfe, Einsiedeln:
Georges Kaufmann
Tel. 055 410 11 69
georg.kaufmann@winterthur.ch

Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese
(Herausgabe und Redaktion):
Sekretariat H+I
Redaktion Teil «SZ»:
Franz Steinegger, Schwyz
Tel. 041 819 08 76
Abschlussredaktion:
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz
Tel. 041 811 80 80
Satz, Druck, Spedition:
Bruhin AG, druckl media,
Freienbach
Tel. 055 415 34 34
www.bruhin-druck.ch

Sekretariat Wirtschafts- wochen:

Georg Stäheli
Treuhandbüro
Kirchstrasse 42
Postfach
8807 Freienbach
Tel. 055 415 78 00
Fax 055 415 78 01
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

Inhaltsverzeichnis

SZ

Wirtschaftsmeldungen 4–6

Aktuell

Kampf um die Talente..... 7–9

Themen

Plädoyer für Wachstum 10–11

Wasser-Fussabdruck: Erfolgreiches
Engagement der Schweiz für neue ISO-Norm
zur Wassernutzung..... 12

Index 13

Kommentar

Sparsamkeit kommt vor Sparen 14–15

Mehr Bescheidenheit im Umgang mit Ansprüchen an den Staat



Michael Tschümperlin
Leiter controlling Victorinox

Aktuell wird viel über das Ungleichgewicht der kantonalen Finanzen gesprochen und geschrieben, dessen Ursache zu einem grossen Teil darin besteht, dass wir möglichst alles haben wollen und das, wenn es irgendwie geht, natürlich zum Nulltarif. Wir erwarten, dass der Staat uns eine perfekte Infrastruktur und einen vollkommenen service public anbietet. Das Niveau des Angebots erreicht, verglichen mit vielen anderen Ländern auf der Welt, einen exorbitant hohen Standard, der dort nie erreicht werden kann und der auch bei uns vielfach gar keinen Sinn mehr macht, ausser dass er sehr hohe Kosten verursacht. Dank den modernen Kommunikationsmitteln kann auch im «hintersten Winkel Afrikas» live mitverfolgt werden, was wir uns hier alles leisten. Wir wundern uns dann, dass viele Leute in diesen Ländern auf den Gedanken kommen, nach dem «Himmel auf Erden» reisen zu wollen um wenigstens mit einem Bruchteil am Wohlstand partizipieren zu können (so wie das übrigens viele unserer Vorfahren auch gemacht haben, als sie u.a. nach Nordamerika ausgewandert sind). Dank den modernen Transportmitteln sind Reisen auch über grosse Distanzen heute schnell und kostengünstig zu bewältigen. Viele sind aber auch bereit, das Leben aufs Spiel zu setzen, wenn sie nur das Ziel der Träume erreichen können. Gelingt es uns in Zukunft nicht, einen Teil unseres Wohlstandes in den armen Regionen der Welt (zumindest als Start in jenen Ländern, die nicht hoffnungslos von einem Korruptions- und Gewaltgeschwür befallen sind) wirkungsvoll in Ausbildung, Infrastruktur, Gesundheitswesen, fairen Handel usw. zu

reinvestieren, werden wir in Zukunft noch mehr von Flüchtlingsströmen heimgesucht werden, deren Handhabung uns sehr viel kosten wird und die wir nicht aufhalten können, ausser wir verabschieden uns von jeglichem menschlichen Mitgefühl. Es wäre deshalb sinnvoller, präventiv in diesen Ländern aktiv zu werden, anstatt reaktiv später die hohe Zahl von Flüchtlingen bei uns bewältigen zu müssen. Eine bescheidenere Anspruchshaltung gegenüber den Leistungen des Staates bei uns würde Mittel freilegen, die effektiv und nachhaltig in den armen Regionen der Welt investiert werden können. Dies zum Nutzen aller!

Michael Tschümperlin

Leiter controlling Victorinox

Kanton plant generelle Steuerfusserhöhung

Das Defizit 2014 des Kantons Schwyz wird nicht wie budgetiert 97 Mio. Franken betragen, sondern «ziemlich sicher weit mehr als 200 Millionen», sagt Finanzdirektor Kaspar Michel. Von 300 Millionen Franken Defizit, wie das zum Teil in Leserbriefen, aber auch unter der Hand kursiert, will Michel aber nichts wissen. Das sei nicht der Fall. Gemäss Michel führen verschiedene nicht beeinflussbare Gründe zu dem hohen Defizit. Hauptsächlich würden aber deutlich weniger Steuereinnahmen in die Staatskasse gespült. Die Steuereinnahmen hätten sich nicht so entwickelt, wie angenommen. Sie lägen deutlich unter den Erwartungen. Bis Ende Jahr dürften die Steuerausfälle mehrere Dutzend Mio. Franken betragen. Die Regierung hat an ihrer Sitzung vom 16. September einmal mehr über die schiefe Finanzlage beraten. Sie legte gleichzeitig die Eckwerte des kantonalen Voranschlags 2015 fest. Die Laufende Rechnung dürfte mit einem Ertrag von 1357 Millionen Franken und einem Aufwand von 1396 Millionen abschliessen. Der Voranschlag 2015 geht also von einem Aufwandüberschuss von 39 Mio. Franken aus. Weil die gebundenen Ausgaben (NFA, Spitalkosten, Bildungswesen) weiter steigen, die Steuereinnahmen stagnieren und die Gewinnausschüttung der Nationalbank wegfällt, braucht es eine Steuererhöhung. Die Regierung will deshalb beim Kantonsrat beantragen, den kantonalen Steuerfuss um 35 Prozent einer Einheit auf neu 155 Prozent zu erhöhen. Diese Vorgaben gehen allerdings von einem Ja am 28. September an der Urne aus.

Nur sieben Pauschalabkommen

In Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage rückt die Schwyzer Regierung erstmals mit Zahlen zu steuerlichen Pauschalabkommen heraus. Diese hätten, so schreibt der Regierungsrat, kontinuierlich abgenommen. Derzeit seien insgesamt noch sieben Steuererleichterungen gültig. Schwyz setze dieses Instrument seit je eher spärlich ein. In den Jahren 2003 bis 2013 ging die Zahl der Abkommen von 36 auf 10 zurück. Nun sind es mit sieben nochmals drei weniger.

Erfolgreiche Schwyzer Lehrlinge

An den Swiss Skills, den Berufsmeisterschaften der Lehrlinge, massen sich zwischen dem 17. und 21. September die besten Lehrabschlussgänger aus allen Kantonen, darunter auch 15 Schwyzer. Drei Schwyzer schafften es in die Medaillentränge. Die Medaillengewinner erhalten die Möglichkeit, sich international zu

messen. Einer davon ist Michael Ulrich. Der Automobil Mechatroniker aus Muotathal wurde Dritter und kann sich deshalb bereits Anfang Oktober mit den anderen Zweit- und Drittplatzierten an den Berufs-Europameisterschaften EuroSkills im französischen Lille mit der internationalen Konkurrenz messen. Auch Rebecca Huber aus Schübelbach (Zweite bei den Wohntextilgestalterinnen) und Raphael Wolfer aus Altendorf (Dritter bei den Polymechanikern – CNC Drehen) mischen vorne mit. Die Erstplatzierten dürfen 2015 sogar an den WorldSkills in Brasilien teilnehmen.

Wellershoff warnt vor Verunsicherung

Die Schweizer Wirtschaft konnte jahrelang von stabilen Rahmenbedingungen profitieren. Das habe sich nun geändert, sagte Klaus Wellershoff am Unternehmeranlass der Schwyzer Kantonalbank Mitte September in Pfäffikon. Er nannte die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative, der Wegfall des Bankgeheimnisses für Ausländern und die Übernahme des OECD-Standards zum automatischen Informationsaustausch. Politische Verunsicherung sei Gift für die Investitionspläne, sagte Wellershoff. Bei ihm häuften sich Anrufe nach dem Motto, ob die Schweiz noch verlässlich sei.

Aesculap Klinik richtet sich neu aus

Im ehemaligen Parkhotel in Brunnen besteht seit 1990 die Aesculap Klinik. Ihre Spezialität ist die Komplementärmedizin. Sie versteht sich nicht als Konkurrentin, sondern als Ergänzung zur klassischen Schulmedizin. Doch seit Bestehen hat die Klinik fast jedes Jahr Defizite eingefahren. Über die Jahre soll die Trägergesellschaft, die Gottfried und Julia Bangerter-Rhyner-Stiftung, gegen 60 Mio. Franken eingeschossen haben. Die Bangerter-Stiftung hat entschieden, dass sie ab 2015 nicht mehr automatisch die Defizite tragen werde. Eine Neuausrichtung mit einem neuen medizinischen und betriebswirtschaftlichen Konzept wurde unumgänglich. Gleichzeitig wurde ein Umbau mit Investitionen von 25 Mio. Franken umgesetzt, der im Dezember zum Abschluss kommt. Damit wurde unter anderem die Anzahl Betten des stationären Bereichs auf 49 praktisch verdoppelt. Ab 2015 nennt sich die Institution neu Seelklinik Brunnen. Ziel ist es, führend im Bereich der ganzheitlichen Prävention und Behandlung von psychischen Erkrankungen wie Lebens- und Orientierungskrisen, Depressionen und Burn-out oder auch Schlafstörungen zu werden. Im Gegenzug wurde die Onkologieabteilung geschlossen. In den letzten sechs Monaten wurde

ein Drittel des Personals ausgewechselt, auch CEO und Chefarzt wechselten. Man möchte auch vermehrt mit den ortsansässigen Ärzten zusammenarbeiten.

Kantonalbank mit neuem Partner

Die Schwyzer Kantonalbank ihrerseits orientierte bereits am 19. Juni 2013 über ihre strategischen Leitplanken für die Jahre 2014 bis 2018. Damals hielt sie fest, dass sie das Vorsorgegeschäft ausbauen will und sich innerhalb der nächsten fünf Jahre als die Vorsorgespezialistin im Kanton für Private und Firmenkunden etablieren will. Um dieses Ziel zu erreichen, sei man eine strategische Partnerschaft eingegangen, teilt die Bank mit. Die SZKB hat sich mit einer Minderheitsbeteiligung an der Nova Vorsorge AG eingekauft. Dank der Zusammenarbeit mit der Nova Vorsorge AG könne die SZKB künftig ihren Firmen- und Gewerbetunden umfassende Dienstleistungen im Bankgeschäft und in der beruflichen Vorsorge anbieten, heisst es weiter. Aber auch Nova-Kunden würden vom Bankgeschäft profitieren. Die SZKB wird ausserdem im Verwaltungsrat der Nova Vorsorge AG Einsitz nehmen.

Seminarhotels mit guten Noten

Das Seminar- und Wellnesshotel auf dem Stoos (Rang 3) und das Seehotel Waldstätterhof in Brunnen (Rang 5) gehören zu den fünf beliebtesten Seminarhotels der Kategorie «Business 2014». Den ersten Platz machte das Seminarhotel Sempachersee in Nottwil. Zu den Top 20 der Seminarhotelkategorie «Comfort 2014» gehören das Hotel Flora Alpina in Vitznau, das Paradieshotel Rotschuo in Gersau und das Hotel Marina in Lachen. Die Wahl von Spektramedia lässt Fachleute jedes Jahr ihre favorisierten Häuser wählen.

Skiregion Mythen: Fünf Firmen unter einem Dach

Was sich Viele schon seit Langem wünschten, wird nun endlich Tatsache. Die fünf Partner des seit 24 Jahren bestehenden Tarifverbundes Mythenregion treten gemeinsam und gebündelter auf dem Markt auf. Ende September wurde deshalb eine neue, gemeinsame Firma gegründet, die Vermarktungs-AG Mythenregion. Für die Partner der Mythenregion ist das ein grosser und wichtiger Schritt, sagte Nathalie Henseler, Initiatorin des Schulterschlusses und Verwaltungsratspräsidentin der Rotenfluebahn AG, welche auf die kommende Wintersaison hin eine neue Gondelbahn von Rickenbach auf die Rotenflue in Betrieb nimmt. Die Selbständigkeit der einzelnen Betriebe bleibt gewährt, sie treten jedoch

künftig unter einem einzigen Logo am Tourismusmarkt auf. Die beteiligten Betriebe sind: Bruni-Haggenegg, Rotenfluebahn, Ibergereg, Holzegg und AG Sportbahnen im Mythengebiet.

Erfolgreiche Gewerbeausstellung Innerschwyz

Vom 4. bis 7. September präsentierten 150 Aussteller an der Gewerbeausstellung Innerschwyz auf dem Areal des ehemaligen eidgenössischen Zeughauses in Seewen ihre Produkte und Leistungen. Die GEWA 14 wurde zu einem eigentlichen Zuschauermagneten, denn nicht weniger als 27 000 Gäste besuchten die gemeinsame Leistungsschau der Gewerbevereine Brunnen, Schwyz, Muotathal, Steinen und Arth-Oberarth-Goldau. Es handelte sich um die grösste gewerbliche Leistungsschau der Urschweiz. Mit zum Erfolg beigetragen hat auch das gute Wetter und der ideale Standort, wo sich die Gewerbetreibenden auf grossen Flächen ausbreiten konnten.

Kanton will in der Region Mitte mehr Arbeitsplätze schaffen

Ende August fand ein Treffen der Gemeinden Unter- und Oberiberg, Alpthal und des Bezirks Einsiedeln mit Regierungs- und Verwaltungsvertretern des Kantons statt, um sich betreffend Wirtschaftsförderung, Raumplanung und Verkehrserschliessung auszutauschen. Diese Aussprache wurde einberufen, weil sich die Vertreter der Region Mitte Anfang Mai in einem Schreiben an alle Kantonsräte und die Regierung darüber beschwert hatten, dass die Mitte des Kantons vernachlässigt werde. An diesem «Runden Tisch» hat nun Landammann Andreas Barraud mitgeteilt, dass der Sicherheitsstützpunkt Biberbrugg als Verwaltungsstandort definiert ist und auch in Zukunft weiterentwickelt werden soll. Auch sonst sei der Kanton bestrebt, in der Region Mitte weitere Arbeitsplätze zu realisieren. Der Kanton wolle insbesondere über die Regionalpolitik mithelfen, dass die bestehenden Potenziale zur Schaffung neuer Arbeitsplätze besser genutzt würden, sagte Barraud. Da es in der Region Mitte schwierig sei, neue Firmen anzusiedeln (Verkehrsanbindung, fehlende Branchenspezifikation), sollen vorhandene Potenziale wie Tourismus, Holzverarbeitung, Gewerbe und Gesundheit genutzt und weiterentwickelt werden. Hier könne der Kanton mit Instrumenten der Regionalpolitik, wie etwa der Mitfinanzierung innovativer Projekte, gezielte Unterstützung leisten.

AAA-Rating der Kantonalbank bestätigt

Die Ratingagentur Standard & Poor's hat das AAA-Rating der Schwyzer Kantonalbank (SZKB) bestätigt. Sie honoriert damit gemäss einer Mitteilung der Bank «die sehr starke Kapital- und Ertragsbasis, die aussergewöhnliche Stabilität durch den hohen Marktanteil im Kanton Schwyz, die starke Liquidität, die adäquate Risikopositionierung sowie die Staatsgarantie der Bank». Die sehr starke Kapitalbasis mache die SZKB zu einer der bestkapitalisierten Universalbanken weltweit. Die Zukunftsaussicht der SZKB wird allerdings – zusammen mit anderen Schweizer Banken – als «negativ» eingestuft. Dies wegen der Instabilität des wirtschaftlichen Umfelds, die durch den Anstieg der Immobilienpreise in den vergangenen Jahren verursacht wurde. Die Schwyzer Staatsbank erhält ein standalone-Rating (ohne den Kanton im Rücken) von AA-, was immer noch gut ist.

Die Bühler AG macht Konkurs

Die Maschinenbau Bühler AG in Muotathal ist in Liquidation, wie dem Schweizerischen Handelsamtsblatt entnommen werden kann. Mit Verfügung vom 19. August hat der Einzelrichter des Bezirks Schwyz über die Gesellschaft den Konkurs eröffnet, die Gesellschaft ist damit aufgelöst. Die Firma heisst neu Maschinenbau Bühler AG in Liquidation. Nun hat das Konkursamt zu klären, welche Konkursmasse vorhanden ist. Mittels Kollokationsplan werden dann sämtliche von den Konkursgläubigern angemeldeten Forderungen zur Festlegung der Befriedigungsreihenfolge nach Konkursklassen eingeordnet. Im November 2012 hat das Bezirksgericht Schwyz den Nachlassvertrag genehmigt. Dies war möglich, weil die grosse Halle verkauft werden konnte. Dem Nachlassvertrag haben vorgängig von den 54 Gläubigern insgesamt 41 zugestimmt, von der Forderungssumme von 3,2 Mio. Franken lag die Zustimmung von 3,0 Mio. Franken vor.

Kibag erhält Konzession für Kiesentnahme im Linthgebiet

Anlässlich ihrer Sitzung von Anfang September hat die Linthkommission die Konzession für die Kiesentnahme im Gäsidelta neu vergeben. Den Ausschlag erhielt die Arge Kiesentnahme Gäsi, der nebst drei anderen Firmen auch die Kibag (Kies Tuggen AG) angehört. Zudem ist beschlossen worden, dass die Kiesentnahme nicht mehr direkt beim Delta vorgenommen, sondern rund hundert Meter weiter flussaufwärts verlegt wird. Damit wird das Delta der natürlichen Entwicklung überlassen.

Chinesen erschleichen sich Visum durch falsche Hotelbuchungen

Buchungen, die kurzfristig storniert werden, sorgen für leere Zimmer in Schwyzer Hotels. Immer mehr Chinesen ertricksen sich so ein Schengen-Visum. Das sei ein grosses Ärgernis für die Schwyzer Hotellerie, sagt Monica Müller, Geschäftsführerin von Schwyz Tourismus. Dieser Sommer hat gezeigt, dass die Scheinbuchungen im Kanton zunehmen, insbesondere im innern Kantonsteil. Vor allem viele chinesische Touristen buchen Zimmer und stornieren die Reservierung wieder, sobald sie vom Schweizer Konsulat das Schengen-Visum erhalten haben. Danach reisen sie zwar nach Europa, aber nicht in das gebuchte Schwyzer Hotel. Über das Schweizer Konsulat erhalten die Chinesen bequemer und schneller Schengen-Visa. Mehrere Hundert Fälle von Scheinbuchungen im Kanton Schwyz sind bekannt. Die Hoteliers sind die Leidtragenden: Da die Stornierung oft sehr kurzfristig erfolgt, können die Zimmer nicht immer nochmals besetzt werden – den Hoteliers sind aber die Hände gebunden, da sie von den grossen Buchungsportalen abhängig sind.

Hotel mit 300 Betten auf dem Stoos

Bei der neuen Bergstation der Standseilbahn auf dem Stoos soll das Hotel Klingenstein durch einen Neubau ersetzt werden. Bauherr ist René Koch, Inhaber des Seminar- und Wellnesshotels Stoos. Geplant sind ein Hotelbau mit 100 Zimmern und 300 Betten. Um Tagesgäste verpflegen zu können, werden im Neubau Restaurants mit 300 Sitzplätzen errichtet. Die Gastronomie beinhaltet ein grosszügiges Restaurant mit Sonnenterrasse, eine Lounge mit Barbetrieb und für die kleinen Gäste ein Kinderparadies. Weiter sind ein Saunabereich mit Fitnessraum sowie ein Tagungs- und Eventcenter vorgesehen. Zum geplanten Mittelklassehotel liegt unter dem Projektnamen «Stoos Lodge» auf der Gemeinde Morschach ein Gestaltungsplan auf. Auf den ersten Blick erinnert der Bau an Andermatt, Sawiris und das «Chedi»: Ein Hotel mit warmer Holzfassade, Giebeldach und gut in die Landschaft eingepasst.

Die Wirtschaftsmeldungen wurden aus Beiträgen im Bote der Urschweiz, dem Einsiedler Anzeiger, dem Höfner Volksblatt, dem March Anzeiger und der Schweizerischen Depeschagentur (sda) zusammengestellt.

Kampf um die Talente

Das Amt für Berufsbildung organisierte zum zweiten Mal das Podium «Leistungsstarker Nachwuchs für innovative Unternehmen». Ziel war es, das aktuelle Thema der Behebung des Fachkräftemangels durch die Gewinnung junger Talente zu diskutieren. Das Inputreferat von Rudolf H. Strahm und ein anschliessendes Podium gaben den rund 100 Besucherinnen und Besuchern im Berufsbildungszentrum Pfäffikon genug Stoff zum Nachdenken und Diskutieren.

Regierungsrat Walter Stählin hiess am 27. August 2014 im Berufsbildungszentrum Pfäffikon rund 100 Männer und Frauen zum Podiumsgespräch willkommen. Speziell begrüsst er den hochkarätigen Referenten Rudolf H. Strahm, ehemaliger Nationalrat und Preisüberwacher und die Podiumsteilnehmer Richard Hensel, Vorsteher Amt für Berufsbildung, Georges Kaufmann, Verbandsleitung KSGV, Bruno Vogelsang, Verwo AG, H+I Vorstand, Stefan Ulrich, Heizungsinstallateur-Lernender mit BM1, Celine Muñoz, Laborantin, BM2 und den Podiumsleiter Stefan Grüter vom Marchanzeiger.

«Der Lehrstellenmangel war gestern – heute dominiert in der Berufsbildung der Kampf um die Talente», so begann Walter Stählin seine Begrüssungsansprache. Stählin legte dar, dass noch vor kurzem Lösungen für die Lehrstellenkrise gesucht werden mussten und jetzt stehe man mitten in einem Mangel an Lernenden und einem gravierenden Fachkräftemangel. Unternehmen hätten zunehmend Mühe, anforderungsreiche Ausbildungsplätze zu besetzen. Die Zukunft sähe nicht besser aus.

Einerseits aufgrund der demografischen Entwicklung, andererseits, weil der technologische Fortschritt die Anforderungen in der Berufswelt weiter in die Höhe schrauben werde. Es stelle sich heute die Frage, wie wir die leistungsfähigen und leistungswilligen Jugendlichen erreichen könnten. Es brauche Angebote und Anstrengungen von allen Akteuren der Berufsbildung. Man dürfe aber die Rolle der Eltern bei der Berufswahl nicht unterschätzen.

«Professional Bachelor» beziehungsweise «Professional Master» gefordert

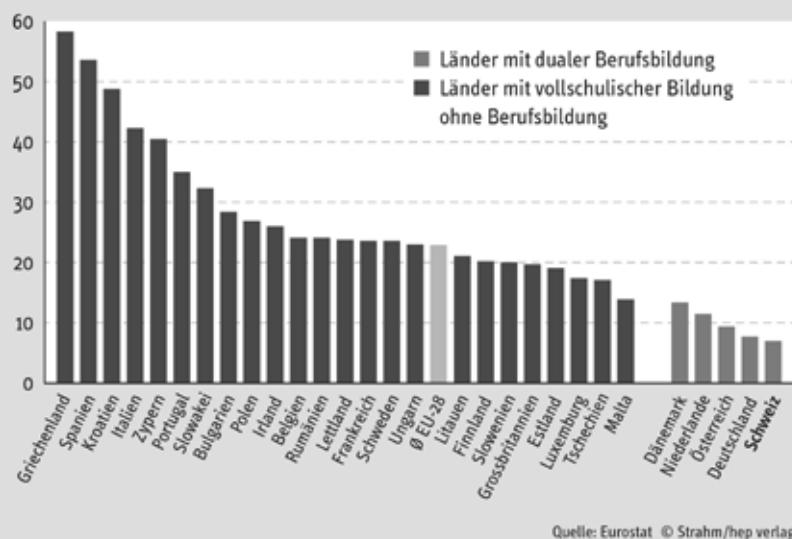
Rudolf H. Strahm, einer der profiliertesten Verfechter der Berufsbildung, strich in seinem interessanten Referat mehrmals die Wichtigkeit der Berufsbildung hervor. Im internationalen Vergleich hätten die Länder mit Berufsbildung die tiefste Jugendarbeitslosigkeit. Berufsbildung sei damit die beste soziale Absicherung und ungenü-

gende Ausbildung sei das grösste Armutsrisiko in der Arbeitswelt. Strahm zog ein eindrückliches Fazit: «Berufsbildung ist die wirksamste Form präventiver Sozialpolitik. Was wir bei der Bildung sparen, zahlen wir später mit Soziallasten!»

Die Berufslehre komme neuerdings in Bedrängnis, weil umliegende Länder viel mehr Maturitätszeugnisse ausstellen würden. «Wenn wir aber die Bildungssysteme nicht formal, sondern aus dem Blickwinkel der Arbeitsmarktfähigkeit vergleichen, ist die Schweiz klar überlegen», zeigte sich Strahm überzeugt. Für die Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt sei das duale System – Berufslehre, kombiniert mit Berufsfachschule – jedem vollschulischen System klar überlegen. Hohe Maturitätsquoten machten die Jugendlichen nicht arbeitsmarktfähiger. Beispielsweise hatte Finnland, das Pisa-Musterland, lange eine der höchsten Jugendarbeitslosenquoten in Europa.

Jugendarbeitslosigkeit in Europa und Diskrepanz der Bildungssysteme

Jugendarbeitslosenquote: Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen, Alter 15–24 Jahre, 1. Quartal 2014 (in %)



Quelle: Eurostat © Strahm/hep verlag

Jugendarbeitslosenquote



Dr. Rudolf Strahm, profilierter Verfechter der Berufsbildung

Heute läge es immer noch bei 22 Prozent! Finnland habe sicher ein sehr gutes Schulsystem – aber es kenne keine betriebliche Berufsbildung. Ergänzend bemerkte Strahm, dass in der Schweiz 50 Prozent der Gymnasiasten keinen Uni-Abschluss machen würden.

Die höhere Berufsbildung sei heute der wichtigste Transfermotor von neuen Technologien und Prozesswissen. Ihre Absolventen würden neuste technologische Innovationen direkt in die KMU tragen. Dadurch könnten diese mit höchster Qualität produzieren. Die berufspraktisch ausgerichtete Tertiärbildung (Höhere Fachschulen, höhere Berufsbildung und Fachhochschulen) sei heute eine grosse Baustelle. Das Problem sei die Unvergleichbarkeit unseres Bildungssystems mit den meisten europäischen

Ländern. Die OECD-Statistik erfasse weite Teile unserer höheren Berufsbildung nicht, ganz einfach, weil es sie in den meisten Ländern nicht gäbe. Früher waren es die Meister und Poliere, heute gäbe es über 500 Abschlüsse der höheren Berufsbildung, aber keinen einheitlichen Titel. Das sei mit ein Grund, weshalb diese grosse und für die Wirtschaft zentrale Weiterbildung so verkannt und ignoriert werde. Absolut entscheidend sei, dass die Titel der höheren Berufsbildung (HBB) aufgewertet würden, nach dem System «kein Abschluss ohne Anschluss». Deren Bildungsgänge (höhere Fachschulen HF, eidgenössische Berufsprüfungen BP und höhere eidgenössische Fachprüfungen HFP) müssten zusätzlich zur deutschen Diplombezeichnung den übergreifenden Titel eines «Professional Bachelor» bzw. eines «Professional Master» erhal-

ten. Denn sie stehen heute in Konkurrenz mit Trägern ausländischer Bachelor- und Master-Titel, die nie so viel können wie die schweizerischen HBB-Absolventen, aber mit einem akademischen Titel ins Land kommen.

Im Weiteren müsse auch das Gewerbe einsehen, dass die höherschwelligen Lehrberufe (wie etwa Informatiker, Polymechaniker, Installateure) etwas mehr Schulstunden brauchen, zum Beispiel technisches Englisch und eine Wochenstunde mehr Deutsch. Und die leistungswilligen und leistungsfähigen Lernenden sollten nicht daran gehindert werden, mit der Lehre auch die Berufsmaturität zu absolvieren.

Erfrischender Auftritt zweier BM-Absolventen

In Kurzreferaten schilderten Stefan Ulrich, Heizungsinstallateur mit BM1 und Celine Muñoz, Laborantin und BM2 Absolventin ihren Weg in die Berufsmatura.

Stefan Ulrich hatte trotz sehr gutem Zeugnis eine Lehre angetreten. Der angehende Heizungsinstallateur zeigte sich zufrieden mit seinem Entschluss. Die BM1 bringe zwar einen erheblichen Mehraufwand mit sich. Mehr Hausaufgaben, zusätzlich Unterricht am Samstagvormittag und damit einhergehend weniger Freizeit. Demgegenüber bringe eine Berufsmatura entscheidende Vorteile. Sie erhöhe die Fach-, Sozial- und Selbstkompetenz, fördere das pflichtbewusste Arbeiten, erhöhe den Orientierungsgrad und öffne die Türen zu den Fachhochschulen.

Für Celine Muñoz war der Tag der Berufsmatura der Tag der Primarklasse ent-

scheidend für ihre Berufswahl. Später in der Sek liebäugelte sie noch mit einer gymnasialen Ausbildung, entschied sich dann aber für die Lehre als Laborantin. Heute arbeitet sie 80% als Laborantin im Labor der Urkantone in Brunnen und absolviert berufsbegleitend die BM2. Diese Art der Ausbildung bedeute eine enorme zusätzliche Belastung, was ihr nicht immer leicht falle. Die Aussicht auf eine Berufsmaturität mit all ihren Vorteilen bringe aber genügend Motivation zum Weitermachen.

Nicht gegeneinander ausspielen

Das abschliessende Podium gab Gelegenheit zur Vertiefung und Fragestellung aus dem Plenum.

Strahm kam auf die Akademisierungsfalle zu sprechen. Ehemalige Spitzen-Industriestaaten wie Frankreich, England, Norditalien erlitten und erleiden einen beispiellosen Niedergang ihrer Industrien, weil ihnen die qualifizierten Arbeitskräfte fehlen würden, die ihren Industrien am globalen Wettbewerb zu höherer Produktivität und zu technologischen Innovationen verhelfen könnten. Die lateinischen und angelsächsischen Länder würden in der Akademisierungsfalle stecken.

Demgegenüber sei das Berufsbildungssystem (Berufslehre) und die berufspraktisch ausgerichtete Tertiärbildung (Höhere Fachschulen, höhere Berufsbildung und Fachhochschulen) den vollschulischen, rein gymnasialen und universitären Bildungssystemen überlegen. Denn die Berufsbildung habe ja neben dem Fachwissen noch zwei andere Standbeine, die im Gymnasium nicht im Vordergrund stehen wür-

den, nämlich die Qualifizierung der praktischen Intelligenz, also die Fähigkeit, Fachwissen praktisch anzuwenden (Skills), und die Vermittlung von betrieblichen Arbeitsqualitäten wie Präzision, Verantwortung, Zuverlässigkeit, Termintreue. Es gäbe eben einseitig begabte oder schulmüde Jugendliche, die sich in gymnasialen Bildungsgängen durchquälen, aber in einer dualen Berufslehre aufblühten, weil bei ihnen die praktische Intelligenz und andere Neigungen zum Tragen kommen.

Sehr aussagekräftig war die Aussage von Bruno Vogelsang, der in der Berufsmatura ein probates Mittel im Kampf gegen den Fachkräftemangel sieht. Er sei überzeugt, dass ein Lernender mit BM in einem Betrieb mehr Leistung bringe und damit die fehlende Zeit kompensiere. Vogelsang appellierte mit klaren Worten an die Ausbildungsbetriebe: Man dürfe die beiden Laufbahnwege nicht gegeneinander ausspielen. Heute sei das Bildungssystem durchlässig. Mit einem Abschluss in der Berufsbildung könne heute auch in die akademische

Laufbahn gewechselt werden oder umgekehrt. Jeder könne und solle das wählen, was seinen Fähigkeiten entspricht. Sein klares Statement: «Wir brauchen in allen Bereichen gut ausgebildete Fachleute: bei den Handwerkern genauso wie bei den Ingenieuren.»

Für Georg Kaufmann, Verbandsleitungsmitglied vom KSGV, hat die Medaille zwei Seiten. Heute bestünden zwei Möglichkeiten, die Berufsmatura zu erwerben: entweder während der Lehre BM1 oder nach dem Abschluss während eines vollen Schuljahres BM2. Er wisse, dass viele kleine und mittlere Betriebe die BM1 ablehnen würden, weil die Lernenden wegen des zusätzlichen Schultags zu viel im Unternehmen fehlen würden. Die Gewerbler müssten umgekehrt auch die Notwendigkeit der BM1 erkennen, ansonsten werde Fachkräftepotenzial verschenkt. Zudem leiste ein Lernender BM1 für den Betrieb Überdurchschnittliches und steigere sein Image als attraktiven Ausbildungsbetrieb.



Celine Muñoz BM2 und Stefan Ulrich BM1

Plädoyer für Wachstum

Es ist einfacher, Lösungen zu finden, um ein schnelles Wachstum zu meistern, als zu versuchen, den Wirtschaftsmotor wieder in Gang zu setzen, wenn er festgefahren ist. Die Realität sorgt für eine Begrenzung des Wachstums, da braucht man keine künstlichen Wachstumsbegrenzungen hinzuzufügen.

Sensibilisierung der Bürger über die Notwendigkeit des Wachstums

Warum braucht man Wachstum? Für die einen erscheint die Antwort ohne Zweifel eindeutig, für die anderen öffnet diese Frage die Tür, um unser aktuelles ökonomisches System zu hinterfragen. Man muss *economiesuisse* dankbar sein, in diesem Sommer die Diskussion dieses Themas angestossen zu haben, einerseits über eine Publikation und zusätzlich mit einer Webseite (www.warum-wachsen.ch). Es handelt sich um eine Sensibilisierungskampagne der breiten Öffentlichkeit anhand einiger Beispiele und nicht um eine akademische Arbeit, welche den einen oder anderen Ökonomen überzeugen soll, der bereits überzeugt ist. Es ist jedoch keinesfalls umsonst,

die Bürger auf die Bedeutung des Wirtschaftswachstums aufmerksam zu machen, da das Thema immer häufiger in politischen Fragestellungen auftaucht, zu denen wir uns zu äussern haben. In einem Zusammenhang, wo das Wachstum einigen Angst macht, ist es nützlich daran zu erinnern, dass es trotz allem ein wesentliches und unersetzliches Element unserer Existenz ist.

Es geht nicht darum ein ideologisches Konzept zu verteidigen, welches das Wachstum als Selbstzweck betrachtet und dabei dessen Funktion vergisst. Wir haben alle die grotesken Beispiele im Kopf – leider manchmal reell – von Unternehmen, welche auf brutale, ja gerade absurde Weise vorgehen, um in ihren Jahreszahlen ein Wachstum zu erzielen, das den mehr oder weniger realistischen Vorgaben entspricht. Diese Extrembeispiele sind Wasser auf die Mühlen derjenigen, welche häufig aus ideologischen Gründen die Notwendigkeit von Wachstum bestreiten. Aber wir sprechen nicht von diesen Fällen, wenn wir einen Anspruch auf ein regelmässiges Wachstum unserer Wirtschaft geltend machen.

Individuelles Wachstum, kollektives Wachstum

Man muss zwischen dem individuellen Wachstum eines Unternehmens oder einer privaten Lebenseinstellung unterscheiden und dem Wachstum eines Kollektivs und seiner Wirtschaft. Als Einzelperson hat man das Recht, sich mit einer stabilen Situation zufrieden zu geben, wenn man der Meinung ist, dass sie die eigenen Bedürfnisse abdeckt, zumindest vorübergehend oder dauerhaft. Das kann das Ergebnis einer Unfähigkeit sein sich weiter zu entwickeln oder eine bewusste Wahl, wenn man zum Beispiel seine Lebensqualität auf andere Weise verbessern oder einen als unnützlich angesehenen Stress vermeiden möchte. Desgleichen können einige Personen gut ohne Gehaltserhöhungen leben, einige Unternehmen können entscheiden, sich mit einem ungefähr konstanten Geschäftsvolumen zu behaupten – im Wissen allerdings, dass die Stagnation häufig das Risiko des Rückschritts beinhaltet. Auf der Ebene einer politischen und wirtschaftlichen Gemeinschaft ist so eine Wahl nicht akzeptabel. Es gibt immer einen Teil der Bevölkerung, im Allgemeinen derjenige,

der am bescheidensten ist, der seinen Lebensstandard steigen sehen möchte, finanziell gesehen, versteht sich; die Suche nach «Lebensqualität» ist eine Sorge, welche erst ab einem bestimmten Einkommensniveau beginnt. Man muss auch und vor allem die Tatsache berücksichtigen, dass die Bevölkerung selbst wächst – zumindest in einer gesunden Gesellschaft – und dass dies allgemein einen Anstieg der wirtschaftlichen Bedürfnisse verursacht (Wohnen, Ernährung, Arbeitsplätze etc.) ebenso wie einen finanziellen Bedarf des Staates (für die Infrastrukturen, den Verkehr, die Schulen, aber auch für die Sozialhilfe).

Ohne Wachstum kann keine Gesellschaft überleben

Schliesslich darf man nicht leugnen, dass das Wirtschaftswachstum, gemessen am Bruttoinlandprodukt, den anderen Indikatoren zur Messung der Weiterentwicklung einer Gesellschaft nicht entgegensteht, sie, im Gegenteil, ergänzt. Das Beispiel einiger europäischer Länder mit rückläufigem Wachstum zeigt, dass eine solche Situation von der Bevölkerung als schwierig eingestuft wird. Im Gegenteil die Schweiz

mit einem Wachstum von annähernd 2% schafft Arbeitsplätze und zieht ausländische Arbeitskräfte an, was tatsächlich einen steigenden Druck auf die Verkehrsinfrastruktur und den Wohnungsmarkt verursacht: Die Wachstumskritik ist ein Luxusproblem der florierenden Länder!

Es steht ausser Frage alles auf dem Altar des Wachstums zu opfern: Ohne kann sich eine Gesellschaft schwerlich weiter entwickeln. Das soll nicht heissen, dass man ein massloses Wachstum anstreben soll. Das ist meistens nicht von Dauer und endet schmerzhaft, wie man auch in einigen europäischen Ländern sehen konnte. Ein moderates, aber regelmässiges und nachhaltiges Wachstum kann ausreichen, zumal es dann möglich ist, dessen Nebenwirkungen besser zu meistern. Wichtig ist, nicht bei den Anstrengungen nachzulassen, denn die Tendenzen zu einer Stagnation oder zu einem Rückgang sind auf der Ebene eines Landes nur schwer wieder ins Gegenteil umzukehren.

(Centre Patronal)

Wasser-Fussabdruck: Erfolgreiches Engagement der Schweiz für neue ISO-Norm zur Wassernutzung

Während fünf Jahren haben die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, das Bundesamt für Umwelt und das Bundesamt für Landwirtschaft die Arbeiten für eine neue Norm unterstützt, dank der sich die Wassernutzung weltweit nach einheitlichen Kriterien erheben lässt. Die neue Norm soll dazu beitragen, die Auswirkungen der Wassernutzung zu erkennen und Massnahmen zur effizienteren Nutzung von Wasser umzusetzen. Die ISO-Norm zur Erhebung des «Wasser-Fussabdrucks» wurde im Juli von den Mitgliedsländern der ISO verabschiedet und jüngst auf der Weltwasserwoche in Stockholm einem breiten Publikum vorgestellt.

Hinter dem Genuss einer Tasse Kaffee stehen ungefähr 140 Liter Wasser: So viel Wasser wird verbraucht, um die Tasse und den Kaffee zu produzieren. Dies kann je nach Region und der Art wie produziert wird variieren. Nun werden Abhängigkeiten, die mit der Verwendung von Wasser einhergehen,

dank einer neuen Norm sichtbar: Die neue Norm der International Organization for Standardization (ISO) mit der Nummer ISO 14046 legt die Prinzipien und Parameter zur Berechnung des «Wasser-Fussabdrucks» fest. Dank der so hergestellten Transparenz bezüglich der Auswirkungen der Wassernutzung können Unternehmen und Institutionen ihre Wassernutzung einheitlicher berechnen und entsprechende Massnahmen zur Effizienzsteigerung in der Nutzung ableiten.

Rund fünf Jahre hat der Prozess gedauert, um die neue Norm zu erarbeiten. Die Schweiz hat sich an dieser Entwicklung, an der Expertinnen und Experten aus über 50 Staaten und Vertreter von mehr als 10 Organisationen beteiligt waren, an zentraler Stelle engagiert. Der fünfjährige Entwicklungsprozess wurde von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) und dem Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) unterstützt und von der Schweizerischen Nor-

men-Vereinigung (SNV) geleitet, die die Sitzungen und die technischen Schritte zur Entwicklung des Standards koordinierte.

Ausserdem hat die DEZA seit 2009 zudem in mehreren von ihr unterstützten Projekten in Vietnam und Kolumbien, später auch in Chile und Peru die Anwendbarkeit der neuen Norm zum Wasserfussabdruck geprüft, dies mittels öffentlich-privaten Partnerschaften mit Grossunternehmen, Forschungszentren und Umweltbehörden. In Kolumbien zum Beispiel entwickelten vier Schweizer Unternehmen im Rahmen des Projekts Massnahmen zur Verminderung des Wasserfussabdrucks und unterstützten mit dem gewonnenen Fachwissen auch wasserspezifische Massnahmen in Gemeinden in der Nähe ihrer jeweiligen Produktionsstätten. Mittlerweile wurde der Kreis der beteiligten Unternehmen um sieben kolumbianische Firmen erweitert. (EDA)

162 Liter Wasser am Tag: So viel Wasser verbraucht jeder Schweizer gemäss offizieller Statistik. Doch diese erzählt nur die halbe Wahrheit. Tatsächlich konsumieren wir rund 4200 Liter Wasser am Tag. Dies zeigt eine Studie zum Wasser-Fussabdruck, die der WWF in Zusammenarbeit mit der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) erstellt hat.

Die neue Studie zum Wasser-Fussabdruck beschäftigt sich vorab mit dem indirekten oder auch

«virtuellen» Wasserverbrauch. Damit wird die Wassermenge bezeichnet, die für den Konsumenten nicht direkt sichtbar, aber zur Produktion von Konsumgütern für unseren Alltag nötig ist. So stecken in einem Paar Jeans 11000 Liter Wasser – was einem vollen Swimmingpool entspricht. Die Studie erhebt die gesamte Wassermenge, die in unserem Konsum steckt. Weiter bildet sie die globalen virtuellen Wasserströme ab, die in die Schweiz führen.

Mit der Wasser-Fussabdruck-Studie weist der WWF auf die globalen Zusammenhänge rund um die wertvolle Ressource hin. Und auf die starke Abhängigkeit der Schweiz von globalen Wasserressourcen – 82 Prozent des Schweizer Wasser-Fussabdrucks liegen im Ausland.

(<http://www.wwf.ch/de/aktuell/news/wasserfussabdruck.cfm>)

Grosshandelspreise (Basis Dezember 2010 = 100)

Gesamtangebot

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2012	97,7	98,4	98,8	98,7	98,5	98,2	97,9	98,3	98,7	98,6	98,5	98,6
2013	98,4	98,5	98,5	98,6	98,3	98,4	98,4	98,5	98,6	98,2	98,1	98,1
2014	98,1	97,7	97,8	97,5	97,5	97,6	97,5	97,3				
¹	-0,3	-0,8	-0,7	-1,2	-0,8	-0,8	-0,8	-1,2				

Produzentenpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2012	97,8	98,5	98,7	98,6	98,6	98,5	98,4	98,7	98,8	98,8	99,0	99,1
2013	99,0	99,0	99,0	99,2	98,9	99,0	99,0	99,0	99,1	98,8	98,8	98,8
2014	98,8	98,6	98,6	98,4	98,4	98,5	98,3	98,1				

Importpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2012	97,4	98,3	99,0	99,0	98,2	97,4	96,7	97,5	98,3	98,0	97,5	97,5
2013	97,3	97,6	97,5	97,5	97,0	97,1	97,1	97,5	97,7	96,8	96,6	96,7
2014	96,6	95,9	96,0	95,5	95,7	95,7	95,8	95,7				

Konsumentenpreise (Basis Dezember 2010 = 100)

Totalindex

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2012	98,9	99,1	99,7	99,8	99,8	99,5	99,0	99,0	99,3	99,4	99,1	98,9
2013	98,6	98,9	99,1	99,1	99,2	99,3	99,0	98,9	99,2	99,1	99,1	98,9
2014	98,6	98,7	99,1	99,2	99,5	99,4	99,0	99,0				
¹	0,1	-0,1	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,1				

		2012 ²	2013 ²	2014								
				Feb	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug		
Monatsindex (Dezember 2010 = 100)												
Totalindex		99,3	99,1	98,7	99,1	99,2	99,5	99,4	99	99		
Nach Gruppen von Gütern und Dienstleistungen	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	97,4	98,5	98,6	99,2	98,6	99,7	100,2	100,3	100,4		
	Alkoholische Getränke und Tabak	102,1	103,4	104,2	103,9	104,2	104,4	104,7	104,7	104,2		
	Bekleidung und Schuhe	88,9	85,6	79,7	84,9	87	88,7	86,8	80,1	80,2		
	Wohnen und Energie	102,5	102,6	103,6	103,5	103,6	103,7	103,8	103,7	104,1		
	Hausrat und laufende Haushaltsführung	97,0	95,4	94,6	95,0	95,1	95,5	95,3	94,2	93,8		
	Gesundheitspflege	99,9	99	98,2	98,2	98,3	98,3	98,3	98,3	97,8		
	Verkehr	98,3	97,4	96,5	96,3	96,6	96,8	96,7	96,8	96,84		
	Nachrichtenübermittlung	99,4	97,1	95,3	94,9	94,8	94,4	94,4	94,4	94,5		
	Freizeit und Kultur	94,5	94,5	94,3	94,8	94,9	95	95	94,9	94,4		
	Erziehung und Unterricht	102	103,8	105,1	105,1	105,1	105,1	105,1	105,1	105,1		
	Restaurants und Hotels	102,2	103	104	104,4	104	104,1	103,9	103,5	103,7		
	Sonstige Waren und Dienstleistungen	100,5	101,1	99,8	100,4	100,2	100,5	100,1	100,5	100,7		
Nach Herkunft und Art	Inlandgüter	100,4	100,8	101,0	101,2	101,2	101,3	101,4	101,3	101,4		
	Auslandgüter	96	94,2	92,5	93,4	93,7	94,3	94	93	92,6		
	Waren	96,8	95,5	94,3	95,1	95,2	95,7	95,6	94,8	94,6		
	Dienstleistungen	101	101,6	101,9	101,9	102	102,2	102,1	102,1	102,1		

¹ Veränderungen in Prozenten zum Vorjahresmonat

² Jahresmittel

Die neuesten Zahlen der Grosshandels- und Konsumentenpreise erhalten Sie jederzeit unter <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05.html>

Sparsamkeit kommt vor Sparen

Die Bürgerinnen und Bürger wünschen sich zu Recht eine tiefe Fiskalquote. Der Anteil der Steuereinnahmen, Sozialversicherungsabgaben und Gebühren im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt (BIP) soll möglichst niedrig sein.

Konsequenterweise wünscht man sich auch eine tiefe Staatsquote. Also auch die öffentlichen Haushaltsausgaben sollen klein bleiben. Daran ist nichts auszusetzen. Im Gegenteil: ein schlanker Staat, effiziente Strukturen, eine solide Konzentration auf die wesentlichen Aufträge der öffentlichen Hand, bietet beste Gewähr für eine nachhaltige, wirtschaftsfreundliche und wertbeständige Politik.

Hingegen ist – bei aller vermeintlichen Wissenschaftlichkeit dieser volkswirtschaftlichen Kennzahlen – das Problem auch einfacher darzustellen: auch öffentliche Aufgaben und Leistungen müssen finanziert werden! Denn der Ärger und die Überraschung, auch in der Politik, kommen erst, wenn die «Rechnung» präsentiert wird. Beim «Bestellen» hingegen überbietet man sich gegenseitig – und staunt dann, wenn die Einnahmen

und Ausgaben auseinanderklaffen. Man kämpft beherzt gegen höhere Steuern und moniert, der Staat sei ein gefrässiger Moloch. Und Hauptschuldiger seien sowieso die Regierung und Verwaltung, die das Geld mit beiden Händen rauswerfen.

Bei den Wurzeln ansetzen

Leider vergeudet man mit solchen Vorwürfen viel Energie, die man besser bei der Bekämpfung der Ursachen von hohen Staatsquoten einsetzen würde. Nicht primär bei der Wirkung («Rechnung»), sondern bei den Gründen («Bestellung») lohnt sich ein Ansetzen zur Problemlösung. Nicht der Staat per se baut nämlich seine Leistungen und Aufgaben aus, sondern immer spezifische Anspruchsgruppen, vertreten durch Parteien, Verbände und politische Gruppierungen. Die darin liegende Eigendynamik, gerade in den parlamentarischen Prozessen, ist hinlänglich bekannt. Man schafft – immer in bester Absicht – Gesetze und legt damit das Fundament für Ausgaben, an deren Finanzierung niemand denkt respektive niemand denken will.

Sparen ja – aber nicht bei mir

Und so ist dann später der durchaus berechtigte Ruf nach Redimen-

sionierung der Leistungen, nach Deregulierung, nach Einschränkung der Eingriffsrechte, nach Reduktion der Ansprüche und einem Rückbau der Aufgaben nie weit. «Sparen» heisst dann das unumgängliche Credo. «Sparen» bei der Rechnung, weil man «Sparsamkeit» bei den Aufgaben und Leistungen nicht beachtet hat.

Rückbau ist bekanntlich wesentlich mühsamer als Ausbau – das ist eine Binsenweisheit. Und trotzdem ist sie nötig. Gleichwohl aber brechen beim Rückbau, beim Sparen und der Sparsamkeit all die verschiedenen Interessen jeweils auf: Sparen bei der Landwirtschaft? Sicher nicht! Sparen bei den Sozialleistungen? Niemals! Sparen bei der Sicherheit? Fahrlässig! Sparen bei der Bildung? Selbstzerstörerisch! Sparen bei der Umwelt? Verantwortungslos! Sparen beim öffentlichen Verkehr? Völlig verkehrt! Sparen bei den Infrastrukturen? Nicht nachhaltig! Sparen bei den Gesundheitskosten? Wie auch...! Also Erhöhung der Einnahmen? Bumerang! Die Reihe würde sich endlos fortführen lassen. Wer je einmal eine Parlamentssession – egal ob im Bundeshaus oder im Schwyzer Rathaus – mitverfolgt hat, kennt diesen Reigen.

Klare Entscheide mit Mehrheitsfähigkeit

Wer eine solide Finanz- und Steuerpolitik will, muss bereit sein, dafür die richtigen Sachvoraussetzungen zu schaffen. Wer tiefe Steuern und tiefe Haushaltsausgaben verlangt, muss die Aufgaben und Leistungen zurücknehmen – und dafür unterstützende Mehrheiten finden. Der Kanton Schwyz hat glücklicherweise immer noch eine sehr stabile Ausgangslage für einen zukunftsfähigen Staatshaushalt: ein vergleichsweise schlankes Angebot und tiefe Leistungen, ein breites, sehr grosses Steuersubstrat und die schweizweit tiefste Steueraus schöpfungsquote. Diese drei Voraussetzungen gilt es wieder in einen beständigen Einklang zu bringen, nachdem seit 2008 vor allem die drastisch steigenden NFA-Zahlungen und weitere bundesrechtlich gebundene Ausgaben – allen voran die Gesundheitskosten – den Staatshaushalt aus dem Gleichgewicht gebracht haben. Die Wirkungen der Steuersenkungen nach 2005 und das seit drei Jahren leider gebremste Wachstum bei den entsprechenden Einnahmen sind als zusätzliche Herausforderungen dazugekommen.

Konstruktive Mitwirkung der Unternehmer

Umso mehr müssen jetzt die richtungsweisenden Entscheide gefällt werden: auf der Einnahmen-, wie auch auf der Ausgabenseite. Insofern ist eine tiefe Fiskalquote und eine tiefe Staatsquote nach wie vor ein anzustrebendes Ziel. Was zählt sind allerdings ausgearbeitete und durchdachte Lösungsvorschläge und nicht – wie jüngst im Abstimmungskampf um die Steuergesetzrevision – generelle, pauschale, indifferente und bezüglich des NFA auch falsche Pseudo-Ratschläge. Nur konkrete Politik ergibt auch konkrete Vorschläge. Und nur wer konkret wird, trägt auch Verantwortung mit. Der H+I hat die Zeichen der Zeit frühzeitig erkannt und dies mit seiner klaren Haltung immer wieder kundgetan. Damit bleibt er weiterhin ein verlässlicher und wichtiger Partner bei der Gestaltung unseres Staatswesens im Allgemeinen und der Finanz- und Fiskalpolitik im Besonderen.

*Kaspar Michel, Regierungsrat
Finanzdirektor*

**Diese Ausgabe wird gesponsert von
Schwyzer Kantonalbank,
Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz
www.szkb.ch**

Nr.	Datum	Sponsor	Nr.	Datum	Sponsor
456	24. 01. 2014	Gutenberg Druck AG, Sagenriet 7, 8853 Lachen	467	29.01.2015	bpp Ingenieure AG, Riedstrasse 7, 6430 Schwyz
457	21. 02. 2014	Mattig-Suter und Partner Schwyz, Treuhand- und Revisionsgesellschaft, Bahnhofstrasse 28, 6431 Schwyz	468	26.02.2015	Franz Kempf AG, Gipsergeschäft, A sternweg 4, 6440 Brunnen
458	28. 03. 2014	Bruhin & Diethelm AG, Maschinenbau, Leuholz 23, 8855 Wangen/SZ	469	26.03.2015	Sparkasse Schwyz AG, Herrengasse 23, 6431 Schwyz
459	25. 04. 2014	Markenzeichen, Korporationsweg 9b, 8832 Wollerau	470	23.04.2015	Victorinox AG, Schmiedgasse 57, 6430 Schwyz
460	30. 05. 2014	Bruhin AG, druckl media, Pfarrmatte 6, 8807 Freienbach	471	28.05.2015	Garaventa AG, Zweigniederlassung Goldau, Tennmattstrasse 15, 6410 Goldau
461	30. 06. 2014	PVA AG, Böden Holzwerkstoffe, Talstrasse 8, 8852 Altendorf	472	25.06.2015	Schweizerische Mobiliar Versicherungsgesellschaft, Schmiedgasse 30, 6430 Schwyz
462	29. 08. 2014	ROESLE FRICK & PARTNER Rechtsanwältin, Pfäffikon/SZ und Zürich	473	27.08.2015	C. Vanoli AG Generalunternehmung AG, Artherstrasse 27, 6405 Immensee
463	26. 09. 2014	Schwyzer Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz	474	24.09.2015	Feusi + Partner AG, Architekten Planer, Schindellegistrasse 36, 8808 Pfäffikon
464	24. 10. 2014	Schilliger Holz AG, Haltikon 33, 6403 Küssnacht am Rigi	475	28.10.2015	Immobilien Liegenschaften AG, Kornhausstrasse 25, 8840 Einsiedeln
465	28. 11. 2014	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau	476	26.11.2015	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau
466	17. 12. 2014	Panorama Resort & Spa Feusisberg, Schönfeldstrasse, 8835 Feusisberg	477	17.12.2015	Convisa AG, Unternehmens-, Steuer- und Rechtsberatung, Herrengasse 14, 6430 Schwyz